

Wochenbericht

Im Angesicht der Krise: US-Präsidentschaftswahlen in transnationaler Sicht

Seite **688**

Der künftige US-Präsident steht vor einem Dilemma: Die Erwartungen an seine Führungsfähigkeit, an einen politischen Neubeginn sind immens – in den USA und weltweit. Zugleich sind seine finanzielle Spielräume praktisch aufgebraucht: Das Gegensteuern gegen eine weltweite Rezession wird dadurch umso schwieriger.

von Amelie F. Constant und Klaus F. Zimmermann

„Die finanziellen Spielräume sind nahezu aufgebraucht“

Seite **689**

Acht Fragen an Klaus F. Zimmermann

US-Präsidentenwahl weit weg vom Volkswillen

Seite **702**

Kommentar von Gert G. Wagner

Im Angesicht der Krise: US Präsidentschaftswahlen in transnationaler Sicht

Amelie F. Constant
constant@diwdc.org

Klaus F. Zimmermann
president@diw.de

Auf den neuen US-amerikanischen Präsidenten warten gewaltige Aufgaben. Seine finanziellen Spielräume sind durch den Irak-Krieg, die Konjunkturprogramme und die nötigen Sanierungsaufwendungen für das Finanzsystem aufgebraucht. Ein aktiver Staat wird benötigt, der gleichzeitig jedoch nicht verdrängen darf, dass er an den aktuellen Krisen nicht ohne Mitschuld ist. So wurde die Wohnungsmarktblase durch die Geldpolitik begünstigt, Konjunkturprogramme verpufften, und der Fall der Lehman Brothers bildete den Beginn einer systemischen weltweiten Krise.

Empirisches Datenmaterial, das auf Informationszugriffe im Internet basiert, deutet darauf hin, dass die Finanzkrise in Deutschland heute als bedeutsamer angesehen wird als in den Vereinigten Staaten. Das Interesse an den Problemen einer Kreditklemme verringerte sich in der letzten Zeit in beiden Ländern. Allerdings erhöhte sich die Rezessionsfurcht transatlantisch und in den USA. Es kam ferner zu einem gesteigerten Informationsbedürfnis über Arbeitslosigkeit bei den US-Bürgern. Hier wird die zentrale Herausforderung für den US-amerikanischen Präsidenten deutlich - die Sicherung von Arbeitsplätzen. Vertraut man den Internet-Zugriffen in beiden Ländern, hat Obama Deutschland relativ mehr elektrisiert als Amerika. Dennoch dominiert er McCain bei diesen Messungen auch in den Vereinigten Staaten. Aber auch das Ticket McCain-Palin erweist sich im Vergleich zu Obama-Biden als attraktiv.

Die Aufmerksamkeit der ganzen Welt richtet sich auf die Vereinigten Staaten von Amerika, wenn die US-Bürger am 4. November 2008 ihren neuen Präsidenten wählen (Kasten). Der dann abgeschlossene Wahlkampf wird wahrscheinlich als die bisher spannendste und qualifizierteste Auseinandersetzung um dieses Amt in die Geschichte eingehen. Zunächst schien es, als würde Hillary Clinton von der nachhaltigen Unzufriedenheit mit dem amtierenden Präsidenten, George Bush, profitieren. Sie wurde jedoch von der Demokratischen Partei nicht als Präsidentschaftskandidatin nominiert. Barack Obama konkurriert statt ihrer mit dem Republikaner John McCain um die Präsidentschaft in den USA. Die europäische Öffentlichkeit war von Anfang an eher einem demokratischen Kandidaten zugeneigt, während dies für die US-Bürger nicht unbedingt galt. Der Ausgang der Präsidentschaftswahlen hängt vielmehr an der Bedeutung einzelner Themen, wie etwa Werte, Sicherheit, Kriege in Irak und Afghanistan, Sozialreformen und insbesondere Wirtschaft. Während McCain in sicherheits- und militärpolitischen Fragen dominiert, werden Obama bei sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen größere Erfolgsperspektiven zugerechnet. Schließlich spielt auch die Frage, ob ein Afro-Amerikaner Präsident werden könne, eine unterschwellige, wohl aber nicht unbedeutende Rolle.

Im September 2008 implodierte innerhalb weniger Tage das US-amerikanische Finanzsystem und drohte Politik und Wirtschaft weltweit in ein Desaster zu stürzen. Die Schatten einer Weltrezession wurden bereits heraufbeschworen. Über Nacht rückten Wirtschaftsfragen in den Mittelpunkt des Wahlkampfes. Die nötigen Reaktionen auf die Finanzkrise und die Schwächung der realen Wirtschaft ruinierten die ökonomischen Handlungsspielräume der USA für viele Jahre, wenn nicht für eine ganze Dekade. Selten zuvor hat ein US-amerikanischer Präsident unter derart

„Die finanziellen Spielräume sind nahezu aufgebraucht“

Herr Professor Zimmermann, die Finanzkrise ist ins Zentrum der US-amerikanischen Präsidentschaftswahl gerückt. Wie schätzen Sie die Wirtschaftskompetenz der beiden Kandidaten – dem Republikaner John McCain und dem Demokraten Barack Obama – ein?

Generell gilt McCain als der Mann für die Sicherheit und für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, während Obama der Kandidat für die Wirtschaftskompetenz ist. Obama hat von vornherein mehr kompetente Wirtschaftsberater um sich geschart und ist in Wirtschaftsfragen überzeugender aufgetreten. Insoweit scheint er im Augenblick einen Vorteil zu haben.

Welche wirtschaftspolitischen Weichenstellungen erwarten Sie?

Logischerweise sind die beiden durch ihre Parteien etwas festgelegt. Obama ist, was man im Amerikanischen liberal nennt, also eher sozialdemokratisch und McCain konservativ. Beide aber sind auch sehr pragmatisch, dass heißt, sie sind sich faktisch und praktisch viel näher, als das auf den ersten Blick aussehen mag.

In Deutschland spürt man eindeutige Präferenzen für den demokratischen Kandidaten Barack Obama. Könnte es sein, dass wir enttäuscht werden, weil sich die Politik der USA weit weniger ändert, als viele glauben?

Europa und auch Deutschland haben von George W. Bush die Nase voll und wollen deswegen einen Demokraten, egal wer es denn nun geworden wäre. Allerdings muss man wissen, dass amerikanische Präsidenten sich sehr stark an den Interessen und den langfristigen Perspektiven des Landes orientieren. Insofern wird es für Europa noch Überraschungen geben.

Welche Handlungsmöglichkeiten und Spielräume hat der US-Präsident?

Ursprünglich waren die Spielräume weit größer, insbesondere Obama plante deutliche Veränderungen etwa in den sozialen Sicherungssystemen. Damit wird es wahrscheinlich nichts mehr werden können, denn die Belastungen für den Haushalt sind aufgrund der Finanzkrise so groß

geworden, dass kein Präsident große Möglichkeiten hat.

Welche Aufgaben kommen auf den neuen Präsidenten der USA zu? Was muss er tun?

Er muss zunächst einmal die Frage prüfen, ob er ein Konjunkturprogramm braucht, um die drohende Rezession abzuwenden. Dann muss er dafür sorgen, dass die in den Finanzsektor investierten Mittel nicht endgültig abfließen, sondern an den Steuerzahler zurückgezahlt werden. Die Branche muss wieder organisiert aus der Krise herausgeführt werden und schließlich muss er sich auch um andere Fragen kümmern, wie etwa die Reform des Gesundheitswesens.

Welche Auswirkungen hat die Weichenstellung im Weißen Haus auf die Wirtschaft in Europa und Deutschland?

Die Wirtschaft Europas und Deutschlands wird derzeit sehr stark von der Beherrschung der Finanzmarktkrise und der wirtschaftspolitischen Stabilisierung bestimmt. Das kann nur in Kooperation mit den

Amerikanern gelingen. Insoweit ist die Lösung unserer wirtschaftspolitischen Fragen sehr auf Zusammenarbeit ausgerichtet.

Welche Bedeutung hat die US-Wirtschaft überhaupt noch für uns?

In den außenwirtschaftspolitischen Zielen spielt Amerika immer noch eine große Rolle. Es ist noch immer der zweitwichtigste Abnehmer für deutsche Exporte. Auf der anderen Seite gewinnen die asiatischen Märkte immer mehr an Bedeutung. Die relative Bedeutung der USA geht in der Weltwirtschaft und damit auch für uns zurück.

Welche Position sollte die deutsche Wirtschaftspolitik angesichts der Veränderungen in den USA einnehmen?

Die deutsche Wirtschaftspolitik wird sich mit den Wirtschaftspartnern in Europa enger abstimmen müssen und sie muss sich insbesondere um die Öffnung zu den asiatischen Märkten kümmern.



Prof. Dr.
Klaus F. Zimmermann,
Präsident des
DIW Berlin

» Für Europa
wird es noch
Überraschungen
geben «

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.

Das vollständige Interview zum Anhören
finden Sie auf
www.diw.de

Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen

Alle vier Jahre wählen die US-Amerikaner ihren Präsidenten – jeweils am auf den ersten Montag im November folgenden Dienstag. Demnach fallen die Präsidentschaftswahlen in diesem Jahr demnach auf den 4. November. Gleichzeitig werden auch Teile des Senats sowie des Repräsentantenhauses neu gewählt.¹

Die Präsidentschaftskandidaten müssen mindestens das 35. Lebensjahr vollendet haben und von Geburt an US-amerikanische Staatsbürger sein. Sie müssen ferner mindestens 14 Jahre in den Vereinigten Staaten gelebt haben. In einem komplizierten Vorwahlsystem müssen die Präsidentschaftskandidaten der beiden großen Volksparteien ihre Kompetenz in der Öffentlichkeit beweisen sowie Wahlspenden und Delegiertenunterstützungen einwerben. Die erfolgreichen Präsidentschaftskandidaten werden schließlich auf Nominierungsparteitagen ausgewählt. Hier tritt typischerweise allein der siegreiche Kandidat auf und präsentiert seinen Vize.² Von der im Jahr 1987 gegründeten „Commission on Presidential Debates“ werden zentrale Diskussionsrunden zwischen den Präsidentschaftskandidaten organisiert. So trafen in diesem Wahlkampf Obama und McCain am 26. September, am 7. und am 15. Oktober sowie Biden und Palin am 2. Oktober zum gegenseitigen Schlagabtausch aufeinander.

Bei den Präsidentschaftswahlen wird nur das „Electoral College“ gewählt, das Kollegium der 538 Wahlmänner und -frauen, das schließlich den Präsidenten wählt. Die Größe des Kollegiums richtet sich nach der Zahl der Senatoren (derzeit 100), der Zahl der Abgeordneten im Repräsentantenhaus (derzeit 435) und den drei Wahlmännern aus dem District of Columbia. Die Zahl der in einem Staat bestimmten Mitglieder des Electoral Colleges ist ungleich: Kalifornien stellt beispielsweise 55, Delaware hingegen nur drei. In den meisten Staaten gilt dabei das Mehrheitswahlrecht, das heißt dem Sieger in einem Staat fallen alle Delegiertenstimmen zu. Deshalb kann es sein, dass ein Kandidat mit einer landesweiten Mehrheit, aber ohne Mehrheit im Electoral College nicht zum Präsidenten gewählt wird. Dies passierte zuletzt 2000, als Al Gore landesweit vorne lag, aber George W. Bush die Mehrheit im Electoral College aufweisen konnte. Der Wahlkampf konzentriert sich daher insbesondere auf Staaten mit unsicherem Ausgang, die so genannten „Battleground“- oder auch „Swing“-Staaten.³

Die formelle Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten findet am ersten Montag nach dem zweiten Mittwoch im Dezember statt, das heißt 41 Tage nach der eigentlichen Wahl. Dies wird 2008 am 15. Dezember sein. Die Amtseinführung des neuen Präsidenten findet schließlich am 20. Januar 2009 statt.

¹ Alle zwei Jahre wird ein Drittel des Senats sowie das gesamte Repräsentantenhaus neu gewählt.

² Neben den Kandidaten der Republikanischen und der Demokratischen Partei kann es auch unabhängige Bewerber für das Amt des Präsidenten geben; diese spielen aktuell jedoch keine Rolle.

³ Hierzu zählen derzeit Ohio (20 Wahlmänner), North Carolina (15), Florida (27), Missouri (11), Colorado (9) und Nevada (5). Kalifornien (55) gehört hingegen fest zur Einflusszone von Obama, während Texas (34) klar für McCain votieren sollte.

schwierigen ökonomischen Rahmenbedingungen sein Amt übernommen. Die Staatskassen sind leer, die weltweite Reputation des US-amerikanischen Wirtschafts- und Finanzsystems ist stark beschädigt, und die weltpolitische Rolle der USA erscheint wesentlich geschwächt. Um so

mehr blickt die Welt auf die Entscheidungen der US-amerikanischen Wähler.

Auch aus deutscher Sicht sind die kurz- und mittelfristigen Entwicklungen in den USA sowie die ökonomische Programmatik der Präsidentschaftskandidaten von wesentlicher Bedeutung. Die deutsche und die US-amerikanische Wirtschaft sind eng miteinander verwoben. Ein gut dokumentierbares Beispiel dafür ist der Gütertausch zwischen den beiden Ländern. Tabelle 1 zeigt das Niveau und die prozentualen Veränderungen des Warenhandels zwischen 2004 und 2008. Zuletzt ist im Vergleich zum Vorjahr aus deutscher Sicht die Einfuhr wieder gesunken und die Ausfuhr gestiegen. So rangieren die USA für die deutschen Exporte im bisherigen Jahresverlauf an zweiter Stelle, während sie bei den Importen nur Platz 5 einnehmen (Tabelle 2). Darüber hinaus führen auch Handelsbeziehungen über Drittstaaten, das Zusammenspiel der internationalen Finanzmärkte und schließlich

Tabelle 1

Deutscher Warenhandel¹ mit den USA

	Einfuhr		Ausfuhr	
	Millionen Euro	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent	Millionen Euro	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent
2004	40 709	+3,8	64 860	+5,2
2005	41 798	+2,7	69 299	+6,8
2006	49 197	+17,7	77 991	+12,5
2007	45 626	-7,3	73 356	-5,9
1. Hj. 2008	22 646	-3,2	36 806	+2,5

¹ Spezialhandel.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

DIW Berlin 2008

Tabelle 2

Rangfolge¹ der deutschen Außenhandelspartner

In Millionen Euro

Einfuhr		Ausfuhr	
Niederlande	41 440,3	Frankreich	58 481,8
Frankreich	40 523,3	USA	42 704,2
Volksrepublik China	31 948,9	Großbritannien	41 363,8
Italien	27 898,7	Italien	39 379,2
USA	26 724,1	Niederlande	39 152,6
Großbritannien	25 992,8	Österreich	31 866,8
Belgien	23 939,3	Belgien	31 177,6
Russische Föderation	20 439,5	Spanien	28 438,5
Österreich	19 787,5	Polen	23 707,3
Schweiz	18 549,2	Schweiz	22 838,3

¹ Im Zeitraum Januar bis Juli 2008.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

DIW Berlin 2008

die Übertragung von Stimmungen auf die Erwartungen von Haushalten und Unternehmen mit Konsequenzen für deren Konsum- und Investitionsplanungen zu einer internationalen Konjunkturübertragung.

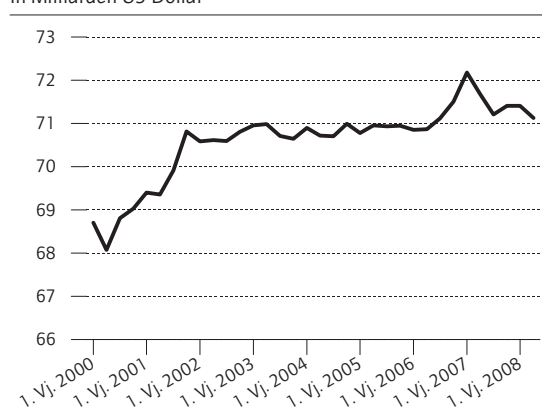
Die ökonomische Lage „im Auge des Sturms“

Die Verschlechterung der weltweiten makroökonomischen Rahmenbedingungen und eine deutliche Verlangsamung der Konjunktur insbesondere in den Vereinigten Staaten und Europa sind bereits seit dem letzten Jahr von der Wirtschaftsforschung angekündigt. Ein immer noch optimistisches Bild zeichnet die Herbstprognose des DIW Berlin, deren prognostische Eckdaten

Abbildung 1

Privater Konsum¹ in den USA

In Milliarden US-Dollar

¹ Saisonbereinigter Kettenindex.

Quellen: US Department of Commerce, Bureau of Economic Analysis; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Tabelle 3

Prognose wirtschaftlicher Eckdaten für die USA und Deutschland

	2007	2008	2009
USA			
Bruttoinlandsprodukt, real ¹	2,0	1,5	0,2
Verbraucherpreise ¹	2,9	4,3	1,3
Arbeitslosenquote	4,6	5,4	7,5
Deutschland			
Bruttoinlandsprodukt, real ¹	2,5	1,9	1,0
Verbraucherpreise ¹	2,3	2,9	2,2
Arbeitslosenquote	8,7	7,5	7,1

¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Global Inside; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

in Tabelle 3 enthalten sind.¹ Unter der Annahme der Beherrschung der realwirtschaftlichen Auswirkungen in Folge der massiven Störungen des Finanzsystems ergeben sich für 2009 sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Deutschland eine Halbierung des Wachstums, eine Abschwächung der Inflation sowie ein Anstieg der Arbeitslosenquote in den Vereinigten Staaten und eine leichte weitere Abschwächung in Deutschland. Sollte es, wie vielfach befürchtet wird, hingegen nicht gelingen, die realwirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzkrise zu stoppen, wird es zu massiven Wachstums- und Beschäftigungsverlusten kommen.² Das Ausmaß dieser potentiellen Verluste ist derzeit wissenschaftlich seriös nur schwer zu beziffern.

Rückblickend nahm in den vergangenen Jahren der Anteil des privaten Konsums am Bruttoinlandsprodukt in den USA deutlich zu (Abbildung 1). Die Sparquote ging auf beinahe Null zurück, während gleichzeitig die laufenden Kreditzahlungen der privaten Haushalte expandierten (Abbildung 2). Die Gütereinfuhren wuchsen weit stärker als die Ausfuhren, sodass das notorische Leistungsbilanzdefizit ebenfalls weiter anstieg (Abbildung 3). Erst in jüngster Zeit stabilisierte sich diese Entwicklung. Zwar sind die Bruttoanlageinvestitionen (ohne Wohnungsbau) in den vergangenen Jahren absolut wieder kräftig und in Prozent des Bruttoinlandsprodukts leicht gestiegen, aber die Wohnungsbauinvestitionen vollziehen nach einer Ausweitung bis Anfang 2006 inzwischen absolut und prozentual einen massiven Rückgang (Abbildung 4).

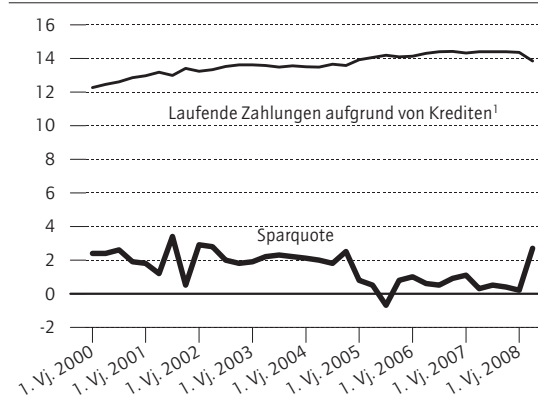
¹ Vgl. Dreger, C., Kooths, S., Weber, S., Zinsmeister, F.: Herbstgrundlinien: Realwirtschaftliche Auswirkungen der Finanzkrise beherrschbar, DIW Wochenbericht, Jahrgang 75, Nr. 41, 2008, 612 - 634.

² Vgl. Alesina, A., Baldwin, R., Boeri, T., Buiter, W., Giavazzi, F., Gros, D., Micossi, S., Tabellini, G., Wyplosz, C., Zimmermann, K.F., Europas Bankenkrise: Ein Aufruf zum Handeln, DIW Wochenbericht, Jahrgang 75, Nr. 41, 2008, 640 - 641.

Abbildung 2

Sparquote und laufende Kreditzahlungen¹ der privaten Haushalte in den USA

In Prozent des verfügbaren Einkommens

¹ Zahlungen aufgrund von Hypotheken und Konsumentenkrediten.

Quellen: US Department of Commerce, Bureau of Economic Analysis; Federal Reserve Board.

DIW Berlin 2008

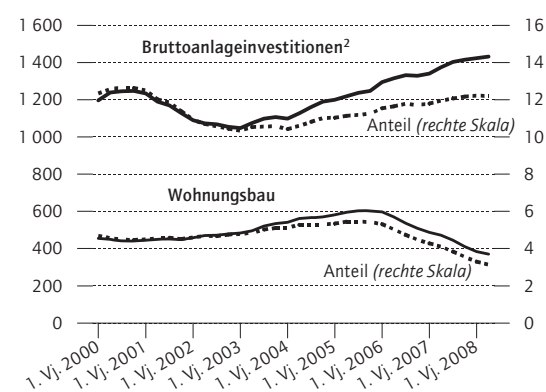
Trotz aller Krisenerscheinungen war die wirtschaftliche Expansion in den Vereinigten Staaten seit 2000 bis heute dynamischer als in Deutschland (Abbildung 5). Zwar konnte Deutschland bei der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes zeitweise aufholen, aber inzwischen öffnet sich in der Jahresmitte die Schere wieder. Die vergleichbaren Arbeitslosenraten nach der OECD-Statistik (Abbildung 6) zeigen immer noch den Nachholbedarf des deutschen Modells, auch wenn sich seit den Arbeitsmarktreformen unter der letzten

Abbildung 4

Private Bruttoanlageinvestitionen in den USA

Milliarden US-Dollar zu Preisen von 2000¹

Anteil am Bruttoinlandsprodukt in Prozent

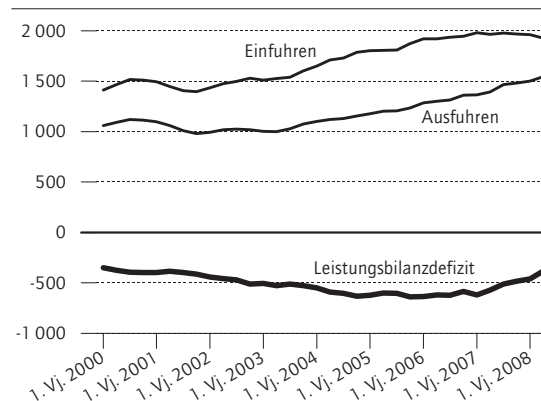
¹ Saisonbereinigter Kettenindex.² Ohne Wohnungsbau.

Quellen: US Department of Commerce, Bureau of Economic Analysis; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Abbildung 3

Leistungsbilanz der USA

In Milliarden US-Dollar zu Preisen von 2000¹¹ Saisonbereinigter Kettenindex.

Quellen: US Department of Commerce, Bureau of Economic Analysis; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Regierung Schröder massive Verbesserungen ergeben haben. Dies sieht man gut anhand der aktuellen, auf den nationalen Statistiken beruhenden Zeitreihen in Abbildung 7, das sich für Deutschland auf die Angaben der Bundesagentur für Arbeit stützt.

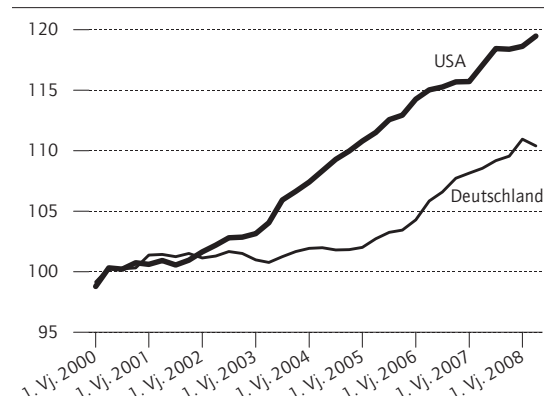
Politikversagen und die ökonomischen Folgen

Für die gegenwärtige ökonomische Lage der Vereinigten Staaten, die von der aktuellen Finanz-

Abbildung 5

Bruttoinlandsprodukt¹ in den USA und in Deutschland

Index 2000 = 100

¹ Saisonbereinigter Kettenindex.

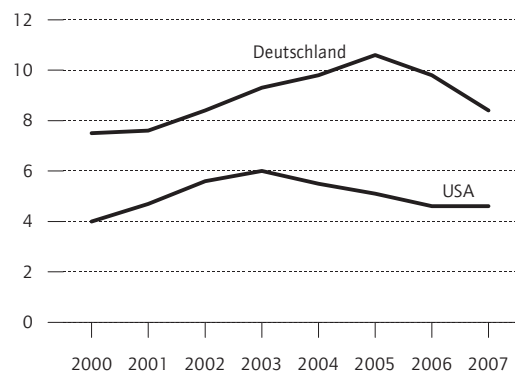
Quellen: US Department of Commerce, Bureau of Economic Analysis; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Abbildung 6

Arbeitslosenquoten¹ in den USA und in Deutschland

In Prozent

¹ OECD-standardisiert.

Quelle: OECD.

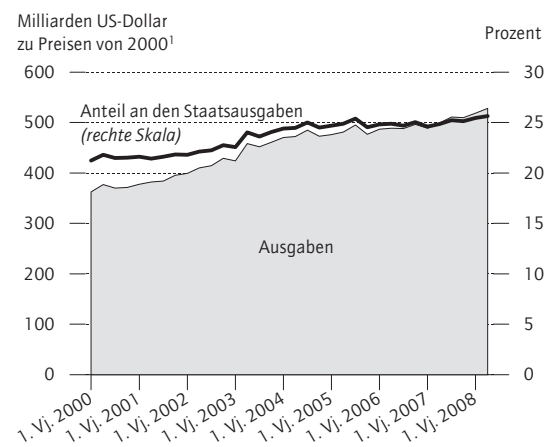
DIW Berlin 2008

krise geprägt ist, sind unzureichende Regulierungsaktivitäten im Finanzsektor verantwortlich. Hinzu kommen drei wesentliche politische Fehlentscheidungen: der Irakkrieg, die Niedrigzinspolitik und die Aufgabe der Investmentbank Lehman Brothers.

Die Finanzierung des Irakkriegs benötigte immer größere Teile des Staatshaushaltes (Abbildung 8) und wurde so zum Treiber des ständig anwachsenden staatlichen Budgetdefizits (Abbildung 9). Damit ist innerhalb weniger Jahre die Politik eines ausgeglichenen Haushaltes und der Überschüsse unter Präsident Clinton ins Gegenteil verkehrt worden. Auch die Niedrigzinspolitik der

Abbildung 8

Verteidigungsausgaben der USA

¹ Saisonbereinigter Kettenindex.

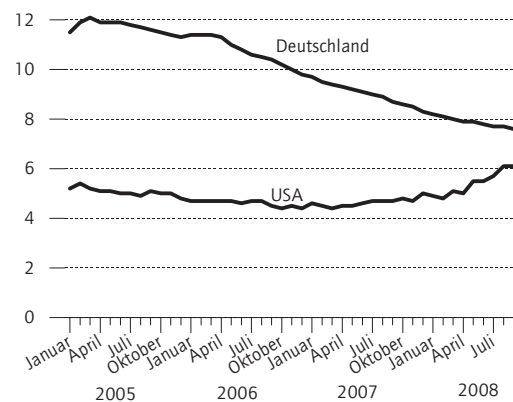
Quellen: US Department of Commerce, Bureau of Economic Analysis; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Abbildung 7

Arbeitslosenquoten¹ in den USA und in Deutschland nach nationalen Statistiken

In Prozent

¹ Saisonbereingt.

Quellen: Bureau of Labor Statistics; Bundesagentur für Arbeit.

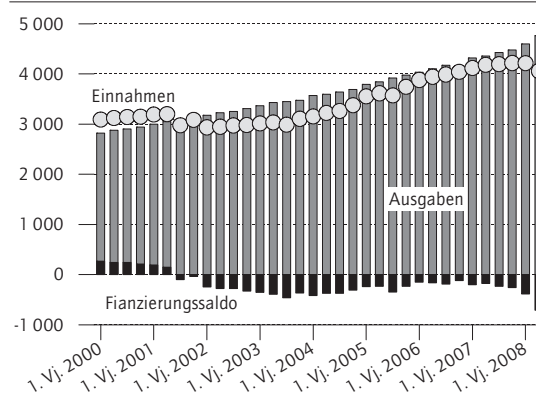
DIW Berlin 2008

US-amerikanischen Notenbank nach 2002 kann als politische Fehlentscheidung gesehen werden. Zur Konjunkturstabilisierung ließ sie über längere Zeit negative Realzinsen zu. So kostete es praktisch nichts mehr, sich zu verschulden. Dies führte schließlich zu der Entstehung der Immobilienmarktblase sowie zu den Übertreibungen an den Finanzmärkten (Abbildung 10). Auch heute sind die Realzinsen negativ, um eine größere Rezession zu vermeiden. Es wird zu klären sein, ob die Geldpolitik mit ihrer keynesianischen Komponente nicht genauso ein Krisentreiber gewesen ist, wie dies bei der Verknappung der Geldmenge in der Weltwirtschaftskrise 1929 der Fall war. Der finale Auslöser für die Finanzkrise war letztlich

Abbildung 9

Einnahmen und der Ausgaben des Staates in den USA

In Milliarden US-Dollar



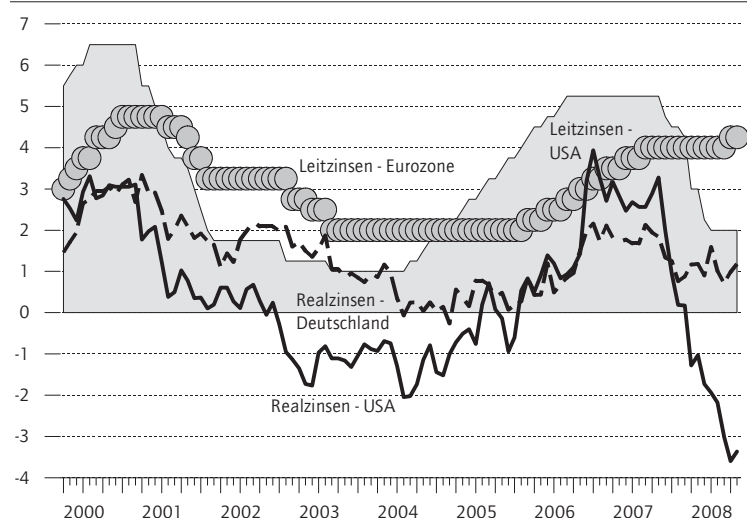
Quelle: US Department of Commerce, Bureau of Economic Analysis.

DIW Berlin 2008

Abbildung 10

Leit- und Realzinsen¹ in USA, Europa und Deutschland

In Prozent

¹ Gemessen am Anstieg der Verbraucherpreise.

Quellen: EZB; Federal Reserve Board; Statistisches Bundesamt; Bureau of Labor Statistics; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

die Entscheidung der US-Regierung, Lehman Brothers, eine systemisch relevante Bank, nicht zu stützen.

Weder die Konjunkturabschwächung noch die Eskalation auf den Finanzmärkten konnte durch Steuergutschriften, Wohnungsmarkthilfen und Steuererleichterungen für den Mittelstand aus dem Sommer dieses Jahres über 168 Milliarden US-Dollar verhindert werden. Dieser Befund ist auch ein Fingerzeig für die derzeitige Diskussion über Konjunkturprogramme in Deutschland im Vorfeld der Bundestagswahl im Jahr 2009.

Die Lage der Wirtschaft vor der Wahl: Eine Internet-basierte Evaluation

Angesichts der Finanzkrise und einer drohenden Rezession in den Vereinigten Staaten rückt die wirtschaftliche Lage in der Spätphase des Wahlkampfes in den Mittelpunkt des Interesses. Welche Bedeutung misst die Bevölkerung der wirtschaftlichen Lage bei und wie hat sich dieses Interesse seit der Eskalation der Finanzkrise in den zurückliegenden Wochen entwickelt? Dieser Frage gehen wir nach, indem wir die Häufigkeit, mit der ökonomische Schlüsselbegriffe im Internet abgefragt werden, untersuchen. Wir nutzen hierfür die von Google Insights bereitgestellte Anzahl der Internetzugriffe auf bestimmte ökonomische Schlüsselbegriffe, wobei wir uns auf (i) die Monatsangaben von Januar 2007 bis Ok-

tober 2008 und (ii) die Tagesangaben für die 30 Tage vom 26. September bis zum 23. Oktober 2008 beschränken. Auch wenn wir uns der Begrenztheit der derzeitigen Analysemöglichkeiten bewusst sind, ermöglicht der Zugriff auf dieses Informationsmaterial eine Einschätzung, welche Themen den Wahlkampf prägen. Für eine bessere Einordnung vergleichen wir ferner die Suchanfragen in den USA und in Deutschland. In Abbildung 11 zeigen wir für die Vereinigten Staaten und Deutschland die als Index erfasste Anzahl der Internet-Zugriffe auf ökonomische Schlüsselbegriffe, die mit der totalen Anzahl der Zugriffe in den beiden Ländern normiert und im Stützbereich graphisch skaliert sind. Die hier erfassten Begriffe sind „Finanzkrise/Financial Crisis“, „Kreditklemme/Credit Crunch“, „Rezession/Recession“ und „Arbeitslosenquote/Unemployment Rate“.

Die Bedeutung der Themen stellen wir anhand ihrer Eingabe als Suchbegriff relativ zur nationalen Internetaktivität dar. Obwohl die Finanzkrise bereits seit längerem Gegenstand der öffentlichen Diskussion ist, wird sie erst im Oktober 2008 zu einem dominanten Ereignis. Es fällt allerdings auf, dass in Deutschland der Thematik relativ mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird als im Ursprungsland der Krise. Ganz anders verhält es sich mit dem Begriff „Kreditklemme/Credit Crunch“. Seit das Interesse an der Thematik in beiden Ländern im Juli 2007 zunahm, liegen die Vereinigten Staaten in der Monatsbetrachtung immer über den Messungen aus Deutschland. Allerdings war dieses Interesse in Amerika bereits 2007 sehr groß, ging dann bis zum Sommer 2008 zurück, um schließlich im September und Oktober wieder stark anzusteigen. Der Anstieg in den beiden vergangenen Monaten vollzog sich auch in Deutschland, aber mit geringerer Stärke. In der aktuellen Monatsbetrachtung zeigt sich, dass inzwischen der amerikanische Überhang abgebaut ist und die Thematik in beiden Ländern an Bedeutung verliert.

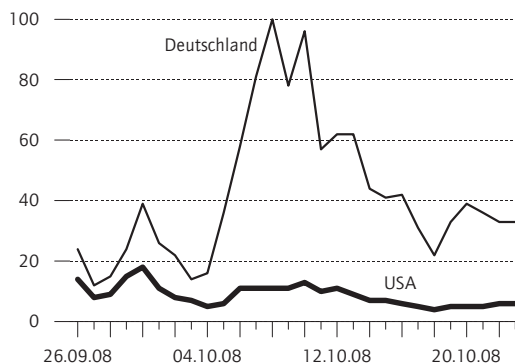
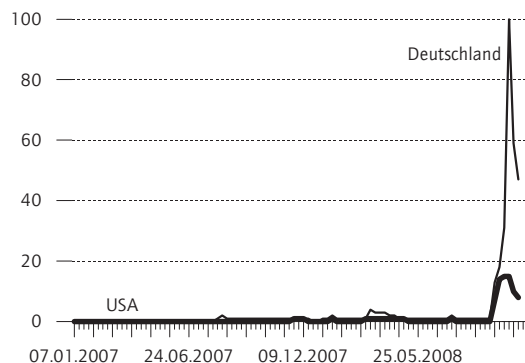
Mit der Finanzkrise verbunden ist auch die Befürchtung, dass sich die ohnehin vorhandenen Abschwungstendenzen der Wirtschaft verstärken. Als Folge könnten die Ängste bezüglich einer möglichen Rezession wachsen. Die Abfragen nach dem Begriff „Rezession/Recession“ zeigen, dass die Konjunkturrängste bereits im Januar in den Vereinigten Staaten groß waren (mit einem Echoeffekt auch in Deutschland), dann aber im Zuge der massiven Verteilung temporärer Steuergutscheine bis in den Sommer Entspannung eintrat. Immerhin ist die Bedeutung des Begriffs „Rezession“ in den USA zuletzt nur wieder mäßig angestiegen, jedenfalls im Vergleich zum Jah-

Abbildung 11

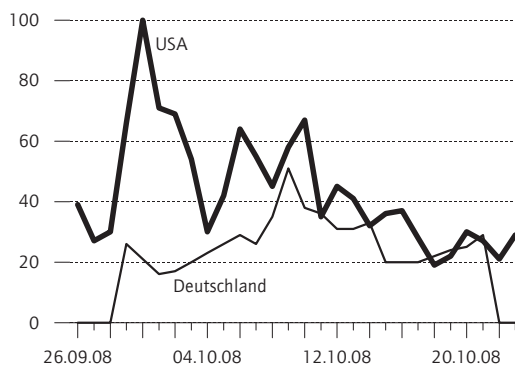
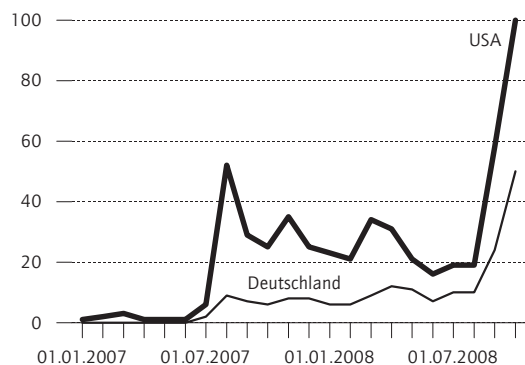
Internetbasierte Evaluation¹ der Wirtschaftslage

In Prozent

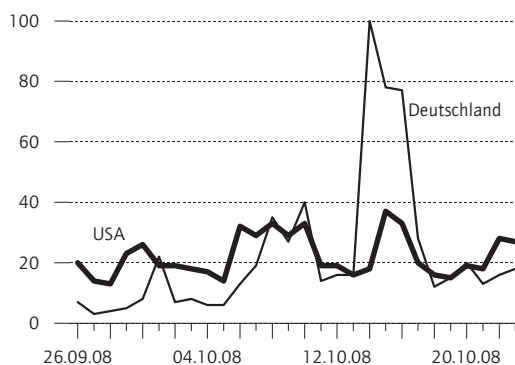
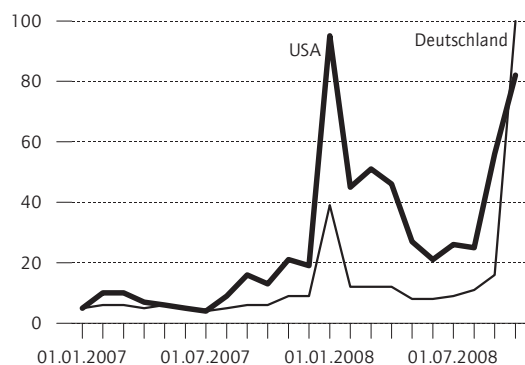
„Finanzkrise“



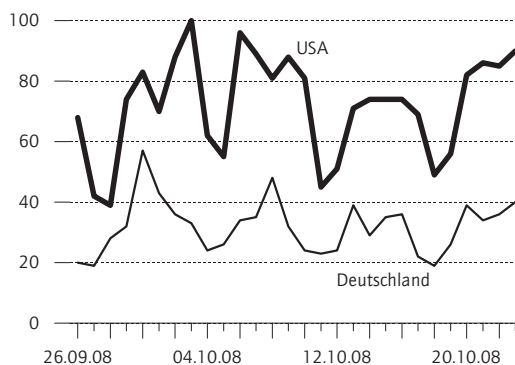
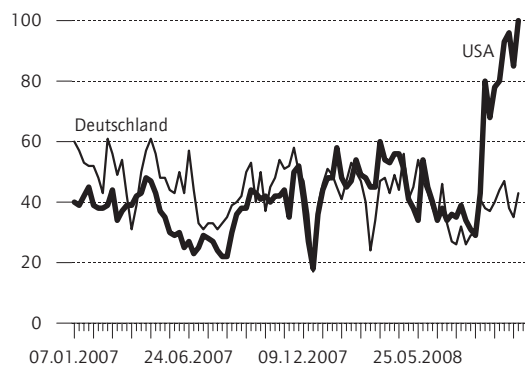
„Kreditklemme“



„Rezession“



„Arbeitslosenquote“



¹ Angaben basieren auf der Anzahl der Internet-Zugriffe in dem betreffenden Land zu dem genannten Schlüsselwort. Sie sind mit der totalen Anzahl der Zugriffe in dem betreffenden Land normalisiert.

resbeginn. Dagegen hat die Zahl der Zugriffe in Deutschland im Oktober stark zugenommen. Allerdings zeigt die tägliche Betrachtung der zurückliegenden Wochen, dass das deutsche Niveau der Zugriffe auf „Rezession“ sich bis auf wenige Tage des Überschießens Mitte Oktober auf dem amerikanischen Niveau hält. Die Erklärungen der Bundesregierung zur Krise haben in dieser Phase offensichtlich beruhigend gewirkt.

Das Interesse an Informationen über „Arbeitslosigkeit“ lag in beiden Ländern über lange Zeit sehr nahe beieinander und auf gleich bleibendem Niveau. Erst im September und Oktober ist es in den Vereinigten Staaten deutlich angewachsen und liegt seitdem über dem deutschen Niveau. Aus der Trägheit der deutschen Daten kann man schließen, dass die Thematik noch nicht als relevant angesehen wird, obwohl darüber in der Öffentlichkeit bereits spekuliert wird.

Die Untersuchung zeigt wenig überraschend, dass Finanzkrise und Rezession als bedeutende Angstherde im amerikanischen Wahlkampf beachtet werden müssen. Während Kreditklemme und Finanzkrise generell an Bedeutung verloren haben, ist die Rezessionsthematik wichtiger geworden. Insbesondere die Arbeitslosigkeit ist ins Zentrum des Interesses gerückt. Dies unterstreicht die Bedeutung von Politikmaßnahmen, die auf die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen abzielen.

Wahlkampfprogrammatik und Unterstützer

Angesichts der makroökonomischen Entwicklungen kommt der ökonomischen Programmatik der Kandidaten, die sich in ihren Parteitage, den Wahlprogrammen der Parteien, dem dargelegten ökonomischen Fokus der Kampagnen und der Auswahl ihrer Chefberater identifizieren lässt, eine zentrale Bedeutung im Wahlkampf zu.³

Die ökonomischen Programme der Kandidaten

Zur Bekämpfung der Finanzkrise wollen beide Kandidaten das US-amerikanische Rettungspaket über 700 Milliarden US-Dollar konsequent

umsetzen. Ferner erforderte die Bändigung der zeitweise eskalierenden Finanzkrise mit ihrer langfristig wirksamen großen Absorption öffentlicher Mittel eine kurzfristige Adaption von Positionen für das Regierungsprogramm. So hat Obama am 13. Oktober ein 60 Milliarden US-Dollar Konjunkturprogramm angekündigt, McCain am 14. Oktober ein Paket über 52,5 Milliarden US-Dollar, beide ohne Aussagen zur Finanzierung zu machen. Beide Kandidaten treten gleichzeitig für eine bessere Überwachung des Finanzsektors ein und unterstützen grundsätzlich die Maßnahmen von Regierung und Zentralbank. Obama sieht als primäres Ziel, die Banken mit Liquidität und Eigenkapital zu versorgen. McCain versucht sich durch Kritik an der Bush-Administration und an der Wall-Street vom amtierenden Präsidenten abzusetzen. Er fordert, dass die Risikoobjekte aus dem Finanzsystem herausgezogen und verwertet werden. Der Republikaner stand in der Vergangenheit mehr für Deregulierung der Wirtschaft als Obama.

Bei den Steuern möchte Obama Steuererleichterungen der Bush-Regierung für Spitzenverdiener wieder abschaffen, McCain hingegen möchte sie beibehalten. Er ist für einen schlanken Staat, während sich der Demokrat für stärkere Staatseingriffe ausspricht. Beide wollen die Mittelschicht entlasten.

Beim Klimawandel unterstützen beide Kandidaten den Emissionshandel. McCain lehnt jedoch einen Beitritt der Vereinigten Staaten zum Kyoto-Protokoll zur Reduzierung der Treibhausgase ab. Sollten allerdings China und Indien eingebunden werden können, möchte er besondere Schritte der Vereinigten Staaten erwägen. Obama ist für bindende und durchsetzbare Ziele zur Reduktion der schädlichen Emissionen auf globaler Ebene unter Einbeziehung Chinas und Indiens.

In der Energiefrage spricht sich Obama für die Nutzung von Kernkraft aus. Inzwischen ist er offen für eine Diskussion über Ölbohrungen vor der US-amerikanischen Küste. McCain möchte diese Ölbohrungen wieder zulassen, die Kernkraft massiv ausbauen und die Entwicklung neuer Technologien vorantreiben, um das Zeitalter fossiler Brennstoffe zu beenden.

Im Gesundheitssystem will Obama ein nationales Gesundheitsprogramm, das allen Bürgern einen Zugang zu einem Versicherungsschutz gibt. Für Kinder ist eine Versicherungspflicht vorgesehen. Auch McCain will den Zugang zum Versicherungsschutz erleichtern, setzt aber stärker auf Wettbewerb und die Reduzierung der Gesundheitskosten. Pharma- und Versicherungskonzer-

³ Informationen zur Programmatik sind im Internet zugänglich: McCain: Die Republikanische Wahlplattform 2008 erhält man unter „<http://platform.gop.com/2008Platform.pdf>“, den Text seiner Nominierungsrede am 4. September 2008 unter „<http://portal.gopconvention2008.com/speech/details.aspx?id=84>“ und sein ökonomisches Programm unter „<http://www.johnmccain.com/Issues/JobforAmerica/>“ Obama: Die Demokratische Wahlplattform 2008 erhält man unter „<http://www.demconvention.com/assets/downloads/2008-Democratic-Platform-by-Cmte-08-13-08.pdf>“, den Text seiner Nominierungsrede am 28. August 2008 unter „<http://www.demconvention.com/barack-obama/>“ und sein ökonomisches Programm unter „<http://www.barackobama.com/issues/economy/>“.

ne sollen einer stärkeren Kontrolle unterzogen werden.

Bei der Frage der illegalen Zuwanderung setzt sich Obama für einen geregelten Zugang verbunden mit der Verpflichtung zum Erwerb von Sprachkenntnissen ein. Er würde die Strafen für illegale Beschäftigung verschärfen und sprach sich für einen Zaun an der Grenze zu Mexiko aus. McCain wirkte 2007 an der Erstellung des gescheiterten Migrationsgesetzes mit, das solche Regelungen vorsah, würde aber heute, wie er sagt, nicht mehr dafür stimmen.

McCain steht für Freihandel und zu den diesbezüglichen internationalen Verträgen der Regierung Bush. Dagegen möchte Obama die Vereinbarung für die internationale Freihandelszone Nafta neu aushandeln, um die Interessen der USA besser zu bewahren. Von Obama kann eine stärkere Neigung zum Protektionismus erwartet werden.

Beide Kandidaten wollen sich für eine Stärkung der transatlantischen Beziehungen einsetzen. Europa und insbesondere Deutschland wird von Obama als wichtiger Bündnispartner angesehen. Mit der Betonung der Notwendigkeit für multinationale Konfliktlösungen hat sich McCain von Bush abgesetzt. Obama hat bereits betont, dass künftig eine größere Beteiligung der Nato und auch Deutschlands an internationalen Aufgaben wie in Afghanistan erforderlich ist.

Die Unterstützer: Geld, Ethnizität, Medien, Berater

Im Zentrum US-amerikanischer Wahlkämpfe steht die Einwerbung finanzieller Mittel. Ganze Heerscharen von Fundraisern unterstützen die Kandidaten, die selbst ebenfalls einen erheblichen Beitrag für die Mitteleinwerbung leisten. Insgesamt liegt das Budget von McCain und Obama zusammen bei der erstaunlichen Summe von einer Milliarde US-Dollar. Dabei verfügt Obama (Tabelle 4) über den Löwenanteil von mehr als 600 Millionen US-Dollar, obwohl er als erster Kandidat in der Geschichte der Vereinigten Staaten ganz auf öffentliche Gelder verzichtet hat. 90 Prozent seines Aufkommens sind individuelle Beiträge, bei McCain sind dies nur 54 Prozent. Am 27. Oktober hatten Obama bereits 603 Millionen US-Dollar und McCain 358 Millionen US-Dollar eingeworben.

In der Liste der Top 20 Geber der Spitzenbeiträge fällt auf, dass die Finanzbranche bei beiden Kandidaten erhebliche Beiträge geleistet hat. Beispielsweise sei das Krisenunternehmen Lehman

Tabelle 4

Spendenaufkommen nach den TOP 20 Spitzenbeiträgen

In 1 000 US-Dollar

Barack Obama		John McCain	
University of California	777	Merrill Lynch	349
Goldman Sachs	743	Citigroup Inc	290
Harvard University	505	Morgan Stanley	249
Citigroup Inc	499	Goldman Sachs	220
Google Inc	493	JPMorgan Chase & Co	210
JPMorgan Chase & Co	478	AT&T Inc	181
National Amusements Inc	437	Credit Suisse Group	175
Microsoft Corp	434	PricewaterhouseCoopers	163
UBS AG	419	Blank Rome LLP	161
Lehman Brothers	391	US Army	150
Time Warner	388	Wachovia Corp	150
Wilmerhale LLP	383	US Government	149
Sidley Austin LLP	371	Bank of America	142
Skadden, Arps et al	361	UBS AG	141
Morgan Stanley	344	Greenberg Traurig LLP	141
Stanford University	342	US Dept of Defense	127
Latham & Watkins	328	FedEx Corp	123
Jones Day	314	Gibson, Dunn & Crutcher	122
General Electric	299	Lehman Brothers	115
University of Chicago	294	Bear Stearns	108
Gesamtaufkommen ¹ (90 Prozent sind individuelle Beiträge)	603 000	(54 Prozent sind individuelle Beiträge)	358 000
Ausgaben	470 000		262 000

Das Geld kommt nicht von, sondern durch die genannten Organisationen, die nur als Geldsammelstelle fungieren, und stammt von individuellen Mitgliedern, Mitarbeitern und Eigentümern.

Quellen: www.opensecrets.org/pres08/contrib.php?cid=N00009638&cycle=2008;
www.opensecrets.org/pres08/contrib.php?cid=N00006424&cycle=2008
www.opensecrets.org/pres08/index.php?cycle=2008; Stand: 27.10.08.

DIW Berlin 2008

Brothers erwähnt, das für beide Kandidaten gespendet hatte. In der Top Liste von Obama finden sich auch vier Spitzenuniversitäten (University of California, Harvard, Stanford und Chicago), bei McCain auch die US Army und das US Department of Defense. Allerdings ist es nicht eine Organisation selbst, die dieses Geld zur Verfügung stellt, sondern ihr "Political Action Committee" (PAC). Das PAC ist eine freiwillige gemeinnützige Organisation, die das Geld von individuellen Mitgliedern, Mitarbeitern und Eigentümern einsammelt. Dennoch bietet die Liste einen ersten

Tabelle 5

Arbeitslosenquoten in den USA im dritten Quartal 2008 nach Alter und ethnischer Zugehörigkeit

In Prozent

	weiß	afrikanisch	asiatisch	latein-amerikanisch	insgesamt
unter 20 Jahre	17,2	32,3	16,4	25,1	19,4
20 bis 24 Jahre	9,1	19,7	6,4	11,3	10,6
25 bis 34 Jahre	5,0	10,8	4,5	6,5	5,9
35 bis 44 Jahre	4,6	7,4	2,8	6,2	4,9
45 bis 54 Jahre	3,5	8,0	3,4	6,0	4,1
55 Jahre und älter	3,9	6,9	3,8	4,9	4,1
Alle Altersgruppen	5,3	10,9	4,1	7,7	6,0

Quelle: Bureau of Labor Statistics.

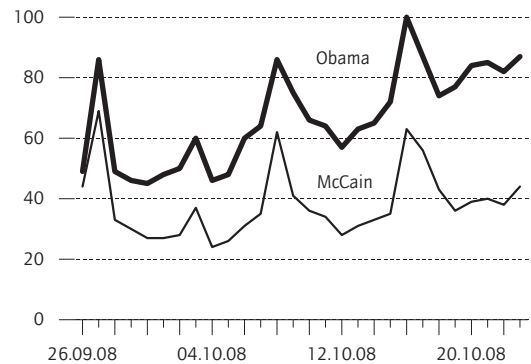
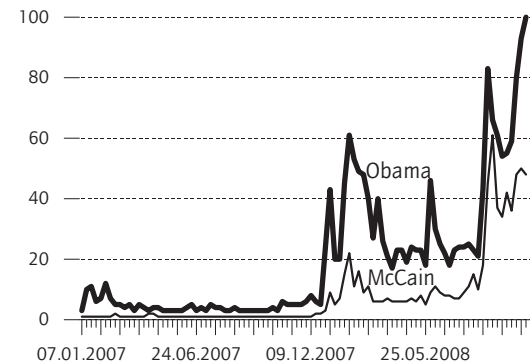
DIW Berlin 2008

Abbildung 12

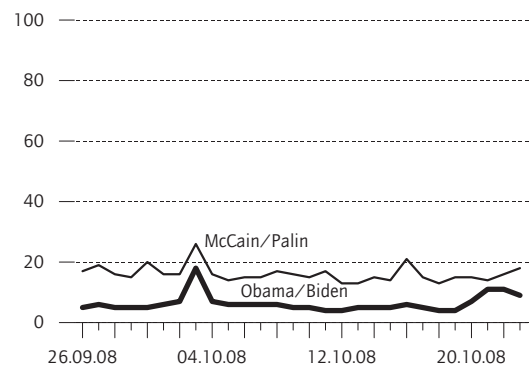
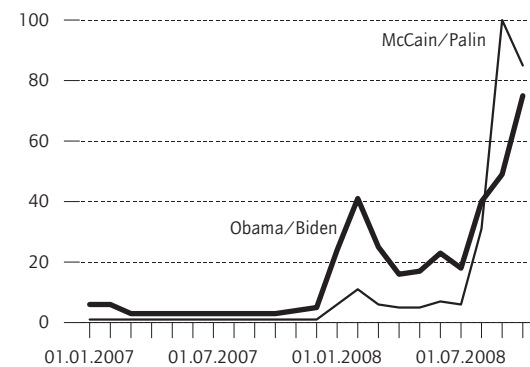
Internetbasierte Evaluation¹ der Präsidentschaftskandidaten

In Prozent

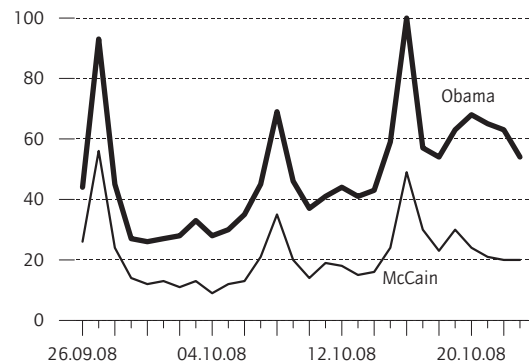
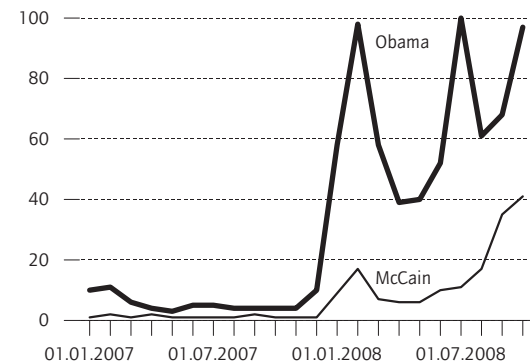
„McCain“ – „Obama“ in USA



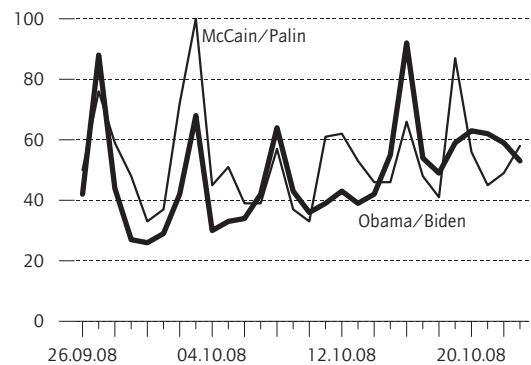
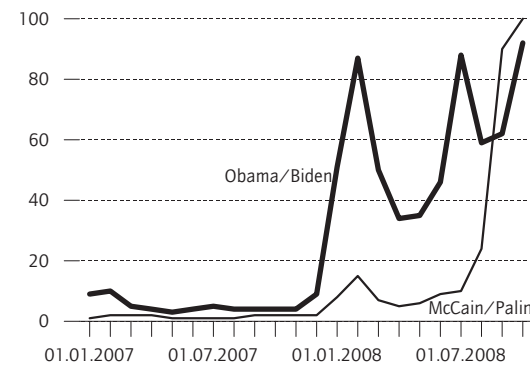
„McCain/Palin“ – „Obama/Biden“ in USA



„McCain“ – „Obama“ in Deutschland



„McCain/Palin“ – „Obama/Biden“ in Deutschland



¹ Angaben basieren auf der Anzahl der Internet-Zugriffe in dem betreffenden Land zu dem genannten Schlüsselwort. Sie sind mit der totalen Anzahl der Zugriffe in dem betreffenden Land normalisiert.

Quellen: Google Insights; Berechnungen des DIW Berlin.

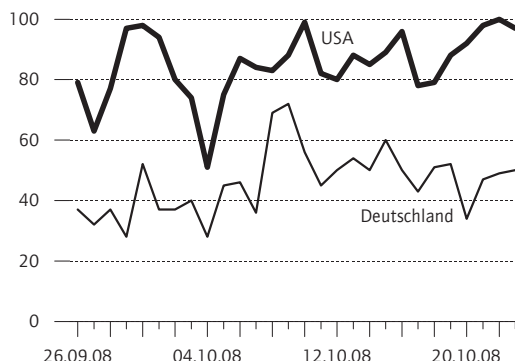
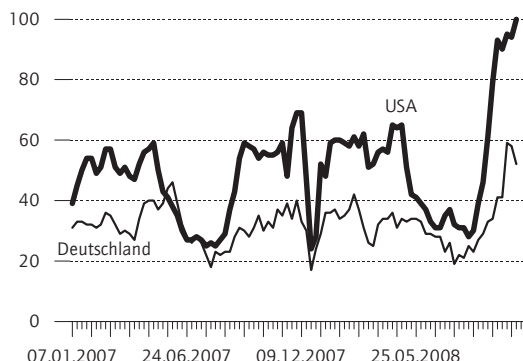
DIW Berlin 2008

Abbildung 13

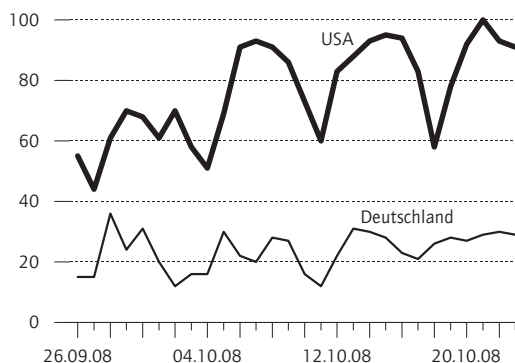
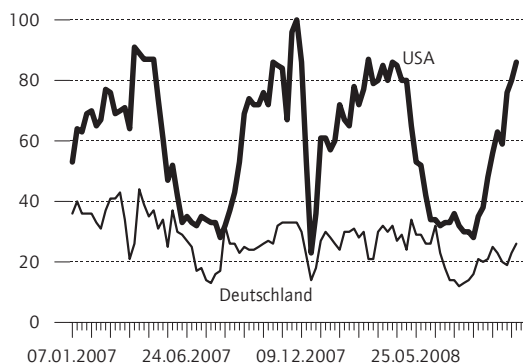
Internetbasiertes Interesse¹ an „Rassismus“ und „Kapitalismus“

In Prozent

„Kapitalismus/Capitalism“



„Rassismus/Racism“



¹ Angaben basieren auf der Anzahl der Internet-Zugriffe in dem betreffenden Land zu dem genannten Schlüsselwort. Sie sind mit der totalen Anzahl der Zugriffe in dem betreffenden Land normalisiert.

Quellen: Google Insights; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Eindruck über die Teile der Gesellschaft, welche die jeweilige Kampagne tragen.

Die US-amerikanische Wählerschaft hat eine klare ethnische Differenzierung.⁴ Die Mehrzahl der US-amerikanischen Wähler ist einer Partei zugehörig. Die politisch gebundenen weißen Wähler gehören häufig den Republikaner an, während bei den gebundenen schwarzen, lateinamerikanischen und asiatischen Wählern die Demokratische Partei dominiert. Einen großen Anteil an ungebundenen Wählern gibt es bei den asiatischen und lateinamerikanischen Ethnizitäten. Tabelle 5 zeigt, dass die schwarzen und lateinamerikanischen Bürger derzeit besonders unter Arbeitslosigkeit leiden. Dies gilt insbesondere für junge Menschen. Die aktuellen Umfragen deuten darauf hin, dass Obama das schwarze Wählerpotenzial weitgehend ausschöpft und die lateinamerikanischen Wählergruppen zu knapp 2/3 an sich bindet. Eine deutliche relative Mehr-

heit der weißen Wähler steht hinter McCain. Die asiatischen Wähler neigen eher Obama zu, wobei die Vietnamesen als Ausnahme mehrheitlich an McCain orientiert sind. Insgesamt liegt Obama in den landesweiten Wahlumfragen vorn, das Mehrheitswahlrecht kann den Wahlausgang jedoch noch beeinflussen (Kasten).

Eine Reihe bekannter Zeitungen haben sich mittlerweile für Obama ausgesprochen, darunter die Financial Times, die New York Times, die Anchorage Daily News (aus Alaska, dem Heimatstaat von Sarah Palin), die Los Angeles Times und die Washington Post.

In Wirtschaftsfragen stützen sich beide Seiten auf renommierte Wirtschaftsberater. McCain greift führend auf Doug Holtz-Eakin zurück, den früheren Leiter des Congressional Budget Office. Seine Wirtschaftspläne werden u.a. von Nobelpreisträger Gary Becker (Universität Chicago), Michael Boskin (Stanford Universität), Kenneth Rogoff (Harvard Universität), Harvey Rosen (Princeton Universität) und John Taylor (Stanford Universi-

⁴ Frey, W. H., Race, Immigration and America's Changing Electorate, The Brookings Institution, mimeo., 2008.

tät) unterstützt. Obamas Chefökonom ist Austan Goolsbee von der Universität Chicago. Er kann sich ferner auch auf Ökonomen wie David Cutler, Jeffrey Liebman, Lawrence Summers (alle Harvard Universität) und Nobelpreisträger Joseph Stiglitz (Columbia Universität) stützen. Eine Umfrage unter den Fellows des renommierten National Bureau of Economic Research (NBER) in den Vereinigten Staaten ergab⁵, dass diese Wirtschaftsexperten die Pläne Obamas vorziehen, ihm die höhere Wirtschaftskompetenz zusprechen und erwarten, dass er sich die besseren Berater holt.

Der Wahlkampf: Das Internet als Gradmesser für die Zugkraft der Kandidaten

Zugriffe auf Informationen im Internet zu den Präsidentschaftskandidaten sind auch ein Indiz für das Interesse an den beiden Teams Barack-Biden beziehungsweise McCain-Palin. In Abbildung 12 sind deshalb wieder die Messungen der Zugriffe 2007 und 2008 monatlich und in einer Periode von 30 Tagen in den vergangenen Wochen erfasst. In den Vereinigten Staaten ist mit den Vorwahlkämpfen die Zahl der Zugriffe seit Anfang 2008 deutlich gestiegen, zunächst jedoch nur für Barack Obama. Erst seit August hat McCain deutlich nachgezogen, er bleibt aber auch in den vergangenen Wochen hinter seinem Rivalen zurück. Dies ändert sich mit der Nominierung der Kandidaten für die Vizepräsidentschaft, da Senator Biden im Vergleich zu Gouverneurin Palin eher als langweilig empfunden wird. Demzufolge stieg das Interesse am „Ticket“ McCain-Palin zunächst deutlich über das an Obama-Biden, bevor sich die Anzahl der Zugriffe auf beide „Tickets“ in den letzten Tagen annäherte. Ob dies mit den Schwächen Palins bei ihren öffentlichen Auftritten zu tun hat, bleibt offen. Das Interesse an beiden Präsidentschaftskandidaten stieg im Umfeld der drei öffentlichen Debatten. Die zunehmende Angleichung der Internetzugriffe auf die beiden Kandidaten lässt vermuten, dass die Wahlentscheidung enger sein könnte, als dies viele Meinungsumfragen zunächst glauben machen.

In Deutschland konzentriert sich das Interesse auf Obama; für McCain gibt es nur langsam steigende Zugriffe. In den letzten Wochen erhöhte sich sogar der Rückstand auf Obama zusehends. Dies gilt nicht für die Popularität des „Tickets“: Seit Anfang September schienen McCain-Palin die Rivalen Obama-Biden zunächst zu überho-

len, praktisch liegen aber beide „Tickets“ in den zurückliegenden Wochen gleichauf.

In Abbildung 13 sind ferner die Internetzugriffe auf den Begriff „Kapitalismus/Capitalism“ dargestellt. Die mögliche grundsätzliche Krise des Kapitalismus beschäftigt die Menschen jenseits des Atlantiks offenbar stärker als in Deutschland. Die deutschen Zugriffe steigen erst mit der Eskalation der Finanzkrise ungewöhnlich, aber weit nicht so stark wie in den Vereinigten Staaten. Demzufolge scheinen sich die US-Amerikaner anhaltend mehr Gedanken über den Kapitalismus als die Deutschen zu machen.

Latenter Rassismus ist ein Unthema des amerikanischen Wahlkampfes, das man aber dennoch nicht ignorieren darf. McCain hat hierzu zwar nichts Problematisches beigetragen. Dennoch könnte dies ein Faktor sein, der die Meinungsumfragen relativiert. Der Nationsvergleich zu den Begriffen „Rassismus/Racism“ zeigt, dass die amerikanische Zugriffsreihe zyklisch über der eher stagnierenden deutschen Reihe schwankt. Eine langfristige Aufwärtsbewegung nach dem Beginn des Vorwahlkampfes oder nach der Nominierung von Obama ist nicht festzustellen. Auch zeigt die tägliche Betrachtung der letzten Wochen, dass sich die amerikanischen Zugriffe auf „Racism“ nach den drei Präsidentschaftsdebatten immer deutlich, wenn auch temporär reduziert haben.

Schlussfolgerungen

Die Finanzkrise hat verbunden mit der sich verstärkenden Wirtschaftskraft Asiens und Osteuropas die Stellung der Vereinigten Staaten geschwächt. Angesichts der großen ökonomischen Herausforderungen werden die Problemlösungskapazitäten, das Selbstbewusstsein, der Optimismus und die Wirtschaftskraft der US-Amerikaner weiter dringend benötigt. Allerdings ist eine größere internationale Kooperation nötig, die transatlantischen Beziehungen bleiben dabei weiter von großer Bedeutung. Diese Partnerschaft trägt noch weit in dieses Jahrhundert. Sie wird aber Europa und Deutschland künftig mehr kosten, als bisher.

Die Herausforderungen des Klimawandels, der Energieverknappung, der demographischen Veränderungen, der Nahrungsmittelversorgung, der weltweiten Öffnung der Arbeitsmärkte, der Sicherung der Arbeitsplätze und der Schaffung neuer sowie der Umbau bestehender sozialer Sicherungssysteme, insbesondere für Gesundheit und Rente, sind um die Aufgaben einer Erneuerung

⁵ Examining the Candidates, The Economist, Band 389, Nummer 8600, 4.–10. Oktober, S. 45–46.

der internationalen Finanzordnung und der Vermeidung einer weltweiten Rezession erweitert worden.

Die finanziellen Spielräume für den amerikanischen Präsidenten sind durch den Irak-Krieg, die Konjunkturprogramme und die Sanierungsaufwendungen für das Finanzsystem aufgebraucht. Beide Kandidaten haben Qualifikationen zur Bewältigung der Aufgabe. Dabei unterscheiden sich ihre Profile weniger, als das aus europäischer Perspektive erscheinen mag. Die Spielräume werden eng sein, ganz gleich wer Präsident wird. Gestalten wird weniger wichtig sein, als bewahren. Die Lösung wird nicht beim alles richtenden starken Staat liegen, auch wenn er gefragt ist. So sehr „Change“ nötig ist, so sehr wird der Wandel schwer werden. Man darf gespannt sein, wem das amerikanische Volk die Last der internationalen Leitfigur überträgt.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Dr. Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01 805–19 88 88, 14 Cent./min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die
Stabsabteilung Kommunikation des
DIW Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.



US-Präsidentenwahl weit weg vom Volkswillen

von Gert G. Wagner*

Die Wahlumfragen deuten darauf hin, dass der demokratische Bewerber Barak Obama zum nächsten Präsidenten der USA gewählt werden wird. Freilich ist das nicht so sicher wie die Umfragen glauben machen.

Denn das Wahlsystem in den USA ist nicht dazu geschaffen worden, den Volkswillen möglichst gut zu repräsentieren, sondern es soll möglichst stabile Mehrheiten schaffen. Zur Not auch – wie bei der ersten Wahl von George W. Bush – gegen den Willen des Volkes als sein Konkurrent Al Gore mehr Stimmen bekam als der spätere Präsident.

Die Wählerinnen und Wähler bestimmen nicht den Präsidenten, sondern sie wählen lediglich „Wahlmänner“, die dann den Präsidenten bestimmen. Dabei sind sie an das Urteil der Wähler in dem Bundesstaat gebunden, in dem sie gewählt wurden. Unfair wird es aber, weil der Sieger in einem Bundesstaat alle Wahlmänner zugeschlagen bekommt. Wäre bei den Vorwahlen der Demokraten nach diesem System abgestimmt worden, würde jetzt Hillary Clinton antreten, denn sie hatte in den großen Staaten, auf die es ankommt, gewonnen. Aber die Demokraten wollen den Volkswillen besser zur Geltung bringen als die amerikanische Verfassung !

Das Wahlmänner-System verzerrt zugunsten der Republikaner. Denn die Zahl der Wahlmänner hängt nicht von der Zahl der tatsächlich Wählenden ab, sondern von der Größe der Bevölkerung. Die wird aber in den USA, wo es keine kommunalen Meldebehörden gibt, sehr schlecht gemessen. Die Volkszählungen sind notorisch ungenau. In Staaten mit Megastädten, also zum Beispiel in Kalifornien mit Los Angeles und New York mit seiner Hauptstadt New York City, wird die Bevölkerungszahl besonders krass unterschätzt. Dadurch ist das Gewicht dieser Staaten im Wahlmännergremium zu klein – und die Demokraten, die in diesen Staaten besonders stark sind, werden benachteiligt. Also diesmal Barack Obama.

Und warum zum Beispiel finden die Wahlen nach wie vor an einem Dienstag, einem Werktag, statt? Das mag im 18. und 19. Jahrhundert, als am ersten Dienstag im November die Farmer und Rancher nichts mehr zu tun hatten, demokratisch gewesen sein. Nicht mehr aber in einer Arbeitswelt olympiareifer Belegschaften, wo Arbeitnehmer sich zweimal überlegen, ob sie wegen einer Wahl nicht zur Arbeit erscheinen.

Schließlich kann die traditionell niedrige Wahlbeteiligung Barack Obama am Ende zum Verhängnis werden. Etwas mehr als 50 Prozent gelten schon als Erfolg. Selbst wenn die Wahlbeteiligung diesmal bei 60 Prozent liegen sollte, ist das erschreckend wenig. Und farbige Minderheiten gehen nach wie vor kaum wählen. Man darf die engagierten farbigen Demokraten bei den Vorwahlen nicht mit der Wählerschaft bei der Präsidentschaftswahl verwechseln. Jede Telefonumfrage spiegelt in den USA den Volkswillen besser wider als die Präsidentschaftswahl.

* Gert G. Wagner leitet die Längsschnittsstudie SOEP am DIW und ist Vorsitzender der „Zensus-Kommission“, die die Bundesregierung bei der Volkszählung 2011 berät.